

Die Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen.

Die Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen sind wieder aufgenommen worden. Unter Vermittlung des Ministers für Galizien Dr. v. Twardowski verhandeln der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Abg. Prof. Dr. Waldner, der Obmann der Christlichsozialen Vereinigung Landeshauptmann Hauser sowie die Herrenhausmitglieder Dr. Baernreither und Dr. v. Bilinski. Die Verhandlungen knüpfen im wesentlichen dort an, wo sie infolge der Kratauer Beschlüsse abgebrochen worden sind. Das Verhandlungsstadium war damals, wie die „Deutschböhmische Korrespondenz“ erzählt, ungefähr folgendes: Es sollte ein förmlicher Vertrag zwischen den deutschen und polnischen Parteien abgeschlossen werden mit genau detaillierten Bestimmungen, auf deren genaue Einhaltung sich beide Teile zu verpflichten hätten. Die polnischen Forderungen bestanden aus vier Teilen.

Der erste Teil enthält den Wunsch nach der austro-polnischen Lösung mit der Angliederung Galiziens an das neu zu errichtende Königreich Polen und Personalunion mit der Monarchie. Von polnischer Seite wird auf die Unterstützung dieser Forderung durch die deutschen Parteien deshalb Wert gelegt, weil die Frage des Königreiches Polen während des Krieges bereits die verschiedensten Phasen durchgemacht hat und weil die austro-polnische Lösung gerade momentan wieder auf heftigen Widerstand der alldeutschen Kreise im Deutschen Reiche stößt. Die Polen sind der Meinung, daß sich diese Widerstände leichter überwinden lassen werden, wenn auch die österreichischen deutschen Parteien mit ihrem Einflusse in Berlin dafür eintreten und diese Lösung als eine Notwendigkeit für die deutschen Interessen in Oesterreich bezeichnen.

Der zweite Teil enthält die Wünsche der Polen bezüglich der geographischen und wirtschaftlichen Gestaltung des neuen Königreiches. Darunter die Aufrechterhaltung der ursprünglichen Grenzen Kongreßpolens gegenüber den alldeutschen Forderungen nach Grenzsicherungen, die Abänderung des Brest-Litowsker Vertrages bezüglich des Cholmer Gebietes, die Internationalisierung der Weichelschiffahrt mit einem Zugange zum Meere und die Festsetzung der Grenze gegen Litauen in der Weise, daß das Königreich Polen einen Zugang zu Rußland erhält. Das sind die Forderungen, welche die polnischen Delegierten auch dem Minister des Neußern Grafen Burián mitgeteilt haben. Auch in dieser Richtung erhoffte man sich auf polnischer Seite von der Unterstützung der deutschen Parteien einen nachhaltigeren Erfolg.

Der dritte Teil betrifft die galizischen Landesangelegenheiten. Der Polenklub hat schon im Vorjahre eine Anzahl von wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen dem Ministerpräsidenten übermittelt, die sich hauptsächlich auf die Ernährungsfrage und auf die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden in Galizien beziehen. Die Regierung hat damals die Erfüllung dieser Wünsche zugesagt. Von polnischer Seite wird nun behauptet, daß die Regierung ihre damals gegebene Zusage nicht eingehalten habe und daß noch zahlreiche damals aufgestellte Wünsche unerfüllt geblieben sind.

Der vierte Teil der polnischen Forderungen bezieht sich auf eventuelle Verhandlungen mit den Ukrainern. Die Polen wären bereit, wenn Galizien ungeteilt an das neue Königreich angegliedert wird, den Ukrainern innerhalb Polens eine weitgehende Autonomie zu bewilligen. Bei diesen Verhandlungen sollten nach dem Wunsche der Polen die deutschen Parteien die Vermittlerrolle übernehmen.

Die deutschen Parteien verlangten im wesentlichen von den Polen:

1. Daß sie die Bündnispolitik der Monarchie, speziell was das Bundesverhältnis zu dem Deutschen Reiche betrifft, bei allen Anlässen nach Kräften unterstützen;
2. daß die Polen die Politik der deutschen Parteien zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Staate, zur Einführung einer Neuordnung und zur Bewilligung der staatlichen Bedürfnisse unterstützen;
3. daß die Polen den deutschen Parteien beistehen in der Abwehr aller Angriffe, die von czechischer und südslawischer Seite gegen die nationalen Interessen der Deutschen in Oesterreich unternommen werden. Ebenso, wenn von irgend einer Regierung die Deutschen schädigende Aktionen unternommen werden.